



Presseschau vom 16.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: „Russische Spur“ bei tschechischer Präsidentenwahl? – Moskau reagiert auf Vorwurf

Natürlich ist Russland am Ausgang der Präsidentschaftswahl in Tschechien interessiert, erklärte der russische Außenpolitiker Anton Morosow am Montag. Das bedeute aber nicht, dass sich die Regierung in Moskau in diese Wahl einmische. Damit reagierte Morosow auf einen entsprechenden Vorwurf des tschechischen Präsidentschaftskandidaten Jiri Drahos. „Die russischen Geheimdienste, wie auch andere Staatsbehörden, sind an der Förderung der Interessen unseres Landes im ganzen geopolitischen Raum der Welt interessiert. Daher sind wir auch daran interessiert, dass bei Wahlen diejenigen zum Sieg kommen, die für gutnachbarliche Beziehungen zu unserem Land eintreten und diese zu entwickeln bereit sind“, so Morosow, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses in der Staatsduma (Parlamentsunterhaus), gegenüber Sputnik.

Außerdem stehe das tschechische Volk Russland historisch nahe und sei ihm gegenüber freundschaftlich gestimmt.

„Dies bedeutet aber nicht, dass wir uns in diese Wahlen einmischen. Es wird uns einfach freuen, wenn russlandfreundliche Kräfte, die unserem Land gegenüber positiv eingestellt sind, die Wahlen gewinnen“, betonte der Außenpolitiker.

Am Sonntag hatte der Herausforderer des tschechischen Präsidenten Milos Zeman, Jiri Drahos, in einem Radio-Interview behauptet, die russischen Geheimdienste seien an der Wiederwahl Zemans in der Stichwahl Ende Januar interessiert.

Moskau hatte bereits mehrmals sämtliche Anschuldigungen, die Wahlen in verschiedenen Ländern der Welt beeinflusst (bzw. es versucht) zu haben, als haltlos zurückgewiesen. Russlands Außenminister Sergej Lawrow betonte, dass keine Beweise vorgelegt worden seien, die eine Einflussnahme bestätigen würden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31838/91/318389124.jpg>

de.sputniknews.com: Aus Angst vor Winter? Kiew kippt Sanktionen gegen russischen Kohlelieferanten

Das ukrainische Ministerium für Wirtschaftsentwicklung und Handel hat die Sanktionen gegen das für Kohleförderung zuständige russische Unternehmen „Juschtrans“ aufgehoben. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Mitteilung auf der Webseite der Behörde hervor.

Wie es heißt, wurde der diesbezügliche Erlass noch am 29. Dezember herausgegeben. Ende Oktober bzw. Anfang November hatte Kiew Sanktionen gegen mehrere russische Unternehmen verhängt. Es sollte sich dabei um eine zeitweilige Einstellung der Tätigkeiten dieser Betriebe auf ukrainischem Territorium handeln.

In die „schwarze Liste“ wurde demnach auch „Juschtrans“ aufgenommen, das dem kohlefördernden Unternehmen im südrussischen Gebiet Rostow „Juschnaja ugolnaja Kompanija“ (dt.: „Südliches Kohleunternehmen“) angehört. Ukrainischen Medien zufolge war „Juschtrans“ bisher der größte Lieferant von Kohle in das Land gewesen.

Seit dem 6. März 2017 liefern die Kohlegruben in den beiden selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk Kohle nach Russland. Zu dieser Markt-Umorientierung von der Ukraine auf Russland sahen sie sich wegen der Handelsblockade von Seiten Kiews genötigt. Doch dies geschah auch wegen der Einführung der Zwangsverwaltung in ukrainischen Betrieben auf dem Territorium der Republiken Donezk und Lugansk.

de.sputniknews.com: Rückzahlung von Zarenschulden: Franzosen bitten Russland zur Kasse Hunderttausende Franzosen fordern von Russland laut der Tageszeitung „Le Figaro“ die Rückzahlung von Schulden aus der Zarenzeit. Es soll dabei um Milliarden Euro gehen. 1867 hatten russische Eisenbahnunternehmen mit der Ausgabe von Staatsanleihen in Gold begonnen. In den folgenden Jahrzehnten sollen französische Geschäftsleute insgesamt etwa 15 Milliarden Franken (etwa 53 Milliarden Euro) in das Projekt investiert haben. Ein Teil der Investoren erhielt ihre Dividenden. Der andere Teil ging jedoch leer aus, weil

Wladimir Lenin im Jahr 1918 per Dekret die Rückzahlung der Zarenschulden verweigerte. 1997 vereinbarten Moskau und Paris ein Abkommen, in dem festgehalten wurde, dass Russland die Staatsschulden des Russischen Kaiserreichs beglichen hat. Nichtsdestotrotz verlangen nun dem französischen Blatt zufolge rund 400.000 Erben der damaligen Investoren die Rückzahlung der Anleihen. Ihre Forderung begründen sie mit dem Argument, Russland sei „bei Weitem nicht pleite“.

„Staatsschulden haben kein Ablaufdatum. Es (Russland – Anm. d. Red.) muss zahlen. So sind die Spielregeln“, sagte einer der Erben gegenüber der Zeitung.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **einmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Es wurde mit Schützenpanzerwaffen auf das Gebiet von **Logwinowo** geschossen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueereinstellung **siebenmal** verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **sechs Ortschaften** beschossen. Der Gegner hat 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer, großkalibrige und Schusswaffen verwendet. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Lettland erwägt Strafen für Russisch in Schulen
In Lettland bald Strafen für Gespräche auf Russisch in Schulen einzuführen, ist laut dem Co-Vorsitzenden der Partei „Russische Union Lettlands“, Mirosław Mitrofanow, nicht ausgeschlossen, wie er gegenüber dem Radiosender „Baltkom“ sagte.

„Die regierenden Rechtsparteien machen nun einen großen Schritt in dieser Richtung. Falls ihnen dies gelingen sollte, muss klar sein, dass sie in den nächsten Jahren die Schulen der nationalen Minderheiten erledigen“, zitiert die russische Nachrichtenagentur die Aussagen von Mitrofanow.

„Vielleicht trage ich zu dick auf, aber wahrscheinlich werden Strafen für den Gebrauch der russischen Sprache in den Schulpausen eingeführt werden“, sagte er weiter.

Mitrofanow betonte dabei, dass „der Druck seitens der nationalistischen Rechtsparteien wachsen wird“, falls nichts unternommen werde.

Zuvor hatte die lettische Regierung den vom Bildungsministerium entworfenen Bericht bewilligt, dem zufolge der Unterricht in russischer Sprache in Schulen der nationalen Minderheiten abgeschafft und Lettisch zur alleinigen Schulsprache erklärt werden sollten.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 7. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.). Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 46. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 207.

Wir erinnern daran, dass ab 01:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer

Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: Europas Nachfrage nach russischem Gas auf Rekordhoch – trotz Sanktionen

Trotz der Sanktionspolitik gegen Moskau sind die Gas-Importe der Europäischen Union aus Russland auf einen Rekordwert gestiegen, wie die Zeitschrift „The European“ schreibt. Nach Angaben des Energiekonzerns Gazprom flossen im vergangenen Jahr rund 195 Milliarden Kubikmeter Gas nach Mittel- und Westeuropa (inklusive der Türkei). Das sind 8,1 Prozent mehr als im Vorjahr, Deutschland bleibt weiterhin größter Abnehmer.

Der Europäische Rat habe einstimmig wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen Russland beschlossen. Die russische Wirtschaft bekomme das zu spüren, etwa die Banken. Doch der russische Energiesektor spüre eher wenig von dem Boykott, meint der Autor des Beitrags, Wolf Achim Wiegand. Die neuen Gazprom-Verkaufszahlen würden dies belegen.

Die EU habe seit einem Jahrzehnt postuliert, die Rohstoffabhängigkeit vom „politisch unzuverlässigen“ Russland verringern zu wollen. Und doch floriere der Gashandel von Ost nach West. „Letztlich steht die EU damit düpiert gegenüber Kreml-Herrscher Wladimir Putin da“, schreibt Wiegand.

Dabei reden manche deutsche Politiker von einem Aufweichen der Sanktionspolitik. Eine Normalisierung der Geschäfte dürfe aber nur erfolgen, wenn Russland bereit sei, sich an international bindende Gepflogenheiten zu halten. Es gäbe also Einiges zu bereden in Brüssel, hieß es.

Die EU-Staaten müssen schauen, ihren Hunger nach Energie verstärkt durch eine konsequent diversifizierte Beschaffung und mit neuen Energietechnologien zu stillen, meint der Autor. Flüssiggas (LNG) öffne dabei ein Fenster für neue Blicke aufs Gasgeschäft – es könne global via Tankschiffen quer über die Weltmeere an den Kunden gebracht werden, und damit entfallende starre Lieferweg über Rohre von Punkt zu Punkt, den Russland und insbesondere der faktische Pipeline-Monopolist Gazprom nutze.

Die wichtigsten LNG-Experteure seien Katar, Malaysia, Indonesien und Australien. Auch die USA drängen beim Energie-Export nach vorne und wollen zur stärksten Energie-Supermacht der Welt werden. „In der Tat mausern sich die Vereinigten Staaten zum Energie-Selbstversorger“, so Wiegand.

Pekuniäre Aspekte seien auch wichtig und richtig. Aber zugleich dürfe sich die Wertegemeinschaft EU nicht dem möglichen politischen Druck Russlands ausliefern.

„Deshalb ist das Gazprom-Gas ein gefährliches Gift für unsere Glaubwürdigkeit“, schreibt der Autor.

Dan-news.info: „Seit dem Zeitpunkt des Blackouts von Vodafone hat Phönix 80.000 neue Nutzer. Das heißt, allein in den letzten 24 Stunden sind 30.000 dazu gekommen“, teilte der Kommunikationsminister der DVR Wiktor Jazenko mit.

de.sputniknews.com: Iran wirft den USA Verschärfung der Syrien-Krise vor

Der Iran hat US-Pläne zur Aufstellung neuer Grenzsicherheitskräfte im Norden Syriens als eine „offene Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten der Arabischen Republik kritisiert, die die Lage im umkämpften Land dagegen noch weiter destabilisieren wird. Das teilte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Bahram Ghasemi, am Dienstag mit.

„Die Erklärung über die Schaffung neuer Grenzsicherheitskräfte der USA in Syrien ist eine offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes und Grund für die Krisenverschärfung“, teilte das iranische Ministerium via Telegramm mit.

Es sei bemerkenswert, dass die Amerikaner mit solch einer Initiative zu einem Zeitpunkt

aufgetreten sind, wo die syrische Regierungsarmee und die Kräfte ihrer Partner große Erfolge im Kampf gegen die Terror-Gruppierungen IS und an-Nusra erzielt haben, so Ghasemi weiter. Dabei erinnerte er daran, dass die Garant-Länder des Waffenstillstandes in Syrien – der Iran, Russland und die Türkei – auf die Verhandlungen in Astana und die Schaffung von Deeskalationszonen in Syrien setzen, um die Krise zu regeln. Solch eine Taktik habe sich bereits als erfolgreich erwiesen.

Am Montag hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan angedroht, die US-Grenzsicherheitskräfte im Norden Syriens zu vernichten, um somit den Aufbau einer „Terror-Armee“ zu verhindern. Das syrische Außenministerium kritisierte die US-Handlungen als eine offene Aggression. Laut Moskau zeugen Washingtons Pläne wiederum davon, dass die USA an der Souveränität Syriens nicht interessiert seien.

Dnr-online.ru: Reparaturbrigaden der regionalen Energielieferungsgesellschaft haben die Stromversorgung von Krasnyj-Partisan, Jasinowataja-Bezirk wieder in Betrieb genommen, teilt das Kohle- und Energieministerium mit.

„Die Ortschaft befindet sich unmittelbar an der Abgrenzungslinie und wird ständig von der Artillerie der Kiewer Truppen beschossen.

Dieses Mal wurde die Stromversorgung der Ortschaft am 13. Januar unterbrochen, bei einem massiven Angriff um 11 Uhr wurde eine zentrale Leitung beschädigt. Leider konnte sie nicht sofort repariert werden, die ukrainischen Streitkräfte haben das Gebiet weiter aktiv beschossen. Erst am 15. Januar konnten die Energietechniker unter Nutzung einer kurzen Ruhe die Leitung reparieren und die Stromversorgung der Häuser der Einwohner von Krasnyj Partisan um 13:40 wieder in Betrieb nehmen.

Die Stromversorgung der Ortschaft verläuft jetzt normal“, heißt es in der Mitteilung.

de.sputniknews.com: Aftonbladet: Schweden darf sich im Dialog mit Moskau nicht nach USA umschauen

Die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Nordkorea und Südkorea zeigt, wie wichtig die Diplomatie für die Überwindung von Krisen in der heutigen Welt ist. Darüber schreibt die schwedische Zeitung „Aftonbladet“.

Für Stockholm sei es notwendig, einen Dialog mit Moskau über die Sicherheitspolitik zu führen, denn die Nato-Anhänger seien blind für die nukleare Bedrohung, die über der Menschheit schwebe, schreibt die Zeitung. Sie verweist darauf, dass die Kontakte zwischen Stockholm und Moskau heute minimal seien.

Vieles sei darauf zurückzuführen, dass Donald Trump mit seiner intoleranten und nationalistischen Parole „America first“ eine „militante Außenpolitik“ betreibe und „die Diplomatie und das Prinzip der mehrseitigen Beziehungen“ missachte.

Gemäß dem Ranking der zehn gefährlichsten Weltkonflikte, das das analytische Zentrum „International Crisis Group“ vor kurzem veröffentlicht habe, liege Russland lediglich auf Platz neun, so die Zeitung. Weitaus gefährlicher seien die nukleare Bedrohung auf der Korea-Halbinsel, die Rivalität der USA mit Saudi-Arabien und dem Iran, die Nöte des Rohingya-Volkes in Myanmar, die humanitäre Katastrophe im Jemen, der andauernde Krieg in Afghanistan, die ungewisse Zukunft Syriens, die zunehmende Instabilität in den Ländern der Sahelzone, die Kriegshandlungen in der Demokratischen Republik Kongo, die Situation in der Ukraine und die sich zersetzende Demokratie in Venezuela.

Laut der Zeitung sollten sich die Schweden Methoden der Krisenlösung und der Diplomatie besser aneignen, die heute bei der Beilegung der gefährlichsten Konflikte in der Welt angewendet werden. Ein positives Beispiel dafür sei die Situation auf der Korea-Halbinsel. Pjongjang habe vorgeschlagen, „die innerkoreanischen Fragen durch Dialog und Verhandlungen zu lösen, um Eintracht und Frieden zu erzielen“. Seoul wolle eine

gemeinsame Delegation bei den Olympischen Spielen 2018 in Südkorea sehen.
„Die Koreaner auf beiden Seiten der Grenze scheinen gewisse Fortschritte erzielt zu haben, während die Kriegstreiber in Washington nicht sehen wollen, dass die am meisten interessierten Seiten ein Ergebnis durchsetzen können, und zwar selbständig. Wieso gibt es bei uns keinen aktiven, ernst zu nehmenden Dialog mit Russland über die Sicherheitspolitik (...)? Sind unsere Beziehungen zu einem der gefährlichsten führenden Staaten der Welt wirklich so wichtig und die Nato-Anhänger in ihrer Begeisterung wirklich so blind gegenüber der nuklearen Bedrohung unserer Existenz, dass wir in dieser gefährlichen Zeit weiter feige schweigen sollen?“, fragt sich „Aftonbladet“.

Nachmittags:

dnr-news.com: Die Staatsduma wird in der nächsten Woche einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Notwendigkeit einer Arbeitserlaubnis für Bürger der LVR und der DVR beraten

Die Abgeordneten der Staatsduma der RF werden sich mit einer Änderung im Gesetz der Russischen Föderation „Über den Status ausländischer Bürger“ beschäftigen, die die Abschaffung der Beantragung einer Arbeitserlaubnis für Einwohner der LVR und DVR für eine Beschäftigung auf dem Territorium der Russischen Föderation vorsieht.

Dies sagte bei einem Treffen mit Journalisten in Lugansk der Abgeordnete der Staatsduma der RF, der Koordinator des Integrationskomitees „Russland – Donbass“ Andrej Kosenko.

Er merkte an, dass „diese problematischen Fragen, die heute vor der Republik stehen, sich lösen lassen sollten mit systematischer Unterstützung seitens der Russischen Föderation“.

„Heutzutage sollten die Einwohner der Lugansker Volksrepublik, die keine temporäre Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation, aber einen Pass der LVR besitzen, meiner zutiefsten Überzeugung nach in vollem Umfang die gleichen Rechte auf dem Gebiet der RF haben wie auch deren Staatsbürger“, betonte Kosenko.

„Ich habe schon einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Notwendigkeit für die Beantragung einer Arbeitserlaubnis (für Einwohner von LVR und DVR) vorbereitet, der genau in einer Woche von einer Abgeordnetengruppe der Staatsduma eingebracht werden wird. Dies haben wir bereits auf vielen Plattformen, auch in der Regierung und dem Föderationsrat diskutiert und Unterstützung erhalten“, berichtete er.

Kosenko sagte, dass die Abgeordneten sich bei der Vorbereitung des Entwurfs auf das Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin zur Anerkennung der Dokumente, die in der LVR und DVR ausgestellt wurden, auf dem Gebiet der RF bezogen haben.

„Es ist meine tiefe Überzeugung, dass diese Menschen nicht in Warteschlangen stehen sollten – wenn der Mensch arbeiten möchte – bitte sehr, ohne Prüfungen, ohne ärztliche Atteste und so weiter, ohne Gebühren für die Bescheinigungen“, erklärte der Abgeordnete.

„Wir müssen diejenigen Menschen, die sich explizit politisch bekannt haben durch den Erhalt eines Passes eines Staatsbürgers der LVR bzw. DVR, von einer solchen Belastung befreien“, fügte er hinzu.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-01/thumbs/1516098886_14352255_1360355660703070_2361314198190759494_o.jpg

de.sputniknews.com: Anfrage der Linken: Bundesregierung unterstützt Hilfslieferungen nach Donbass, aber ...

Die Partei Die Linke hat eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, die Hilfslieferungen an Menschen in den selbsternannten Volksrepubliken in der Ostukraine betrifft. Die Antwort der Regierung bestätigt nun, dass humanitäre Lieferungen erlaubt sind und nicht behindert werden sollen – allerdings nur, wenn sie über die Ukraine erfolgen. Auslöser für die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke an die Bundesregierung waren Behinderungen bei der Zollabfuhr und beim Zahlungsverkehr von Vereinen in Deutschland, die Hilfslieferungen in die nicht anerkannten Volksrepubliken in der Ostukraine organisieren. Die Bundesregierung billigt und unterstützt in ihrer Antwort solche humanitären Aktionen. Sie betont jedoch, dass Hilfslieferungen nur über das Territorium der Ukraine und die dortigen Kontrolllinien zu den abtrünnigen Gebieten erfolgen dürfen. Da Russland regelmäßig Hilfstransporte zu diesen Gebieten über die russische Grenze schickt, wird dieser logistisch erprobte und unkomplizierte Weg auch von diversen ausländischen Hilfsorganisationen genutzt. Andrej Hunko, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei und Mitverfasser der Kleinen Anfrage an die Bundesregierung, hatte vor drei Jahren selbst den russischen Weg für einen von ihm organisierten Hilfstransport in den Donbass gewählt, da sich die ukrainische Variante als zu problematisch herausstellte:

„Die Humanität sollte hier im Vordergrund stehen, und das ist de facto über Russland einfacher abzuwickeln. Man muss nicht über die Kontaktlinie und hat nicht, wie zum Beispiel bei Medikamenten, die ganzen bürokratischen Probleme. Ich selbst stehe wegen humanitärer Hilfslieferungen in den Donbass, die ich vor ein paar Jahren mitorganisiert hatte und die wir über Russland dorthin gebracht hatten, nach wie vor auf der Schwarzen Liste in der Ukraine. Mir drohen fünf Jahre Gefängnis dort.“

Während Deutschland die Ukraine großzügig unterstützt, weigert sich die Bundesregierung, bei Hilfslieferungen in die „Separatistengebiete“ mit den dortigen Behörden

zusammenzuarbeiten. Hunko findet diese Haltung zu hart:

„Bei solchen völkerrechtlich umstrittenen Regionen ist es oft notwendig, sich auch mit den dortigen De-Facto-Regierungen zu verständigen, um humanitäre Hilfe zu leisten. Das bedeutet ja noch keine völkerrechtliche Anerkennung. Da ist die Haltung der Bundesregierung sehr hart.“

In den Volksrepubliken Lugansk und Donezk leben schätzungsweise 2,5 Millionen Menschen. Vergangenes Jahr wurden einem Verein aus Brandenburg von einer Bank Überweisungen an ein Transportunternehmen in Belarus für einen Hilfstransport in die Ukraine mit Hinweis auf die Russland-Sanktionen verwehrt. Sputnik berichtete, und die Linkspartei hat diesen Fall in ihrer Anfrage thematisiert. Die Antwort der Bundesregierung fiel in diesem Punkt eindeutig aus:

„Im Übrigen geht aus Verordnung 833/2014/EU kein Verbot von Geldtransfers in die Russische Föderation, nach Belarus oder in die Ukraine hervor.“

Hunko zeigt sich darüber erleichtert:

„Das ist eine wichtige Aussage der Bundesregierung, weil hier Überweisungen eines Vereins von der DZ Bank verhindert wurden. Jetzt haben wir noch einmal schwarz auf weiß, dass solche Überweisungen für humanitäre Hilfen nicht von den Sanktionen betroffen sind.“

Aktuell engagiert sich in Deutschland neben dem Verein „Friedensbrücke“ vor allem das Thüringer Aktionsbündnis "Zukunft Donbass" mit humanitären Hilfslieferungen für die Menschen in Lugansk und Donezk.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31908/09/319080959.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden ist die Situation an der Kontaktlinie **angespannt** geblieben.

In Richtung Mariupol hat der Feind auf das Gebiet von **Leninskoje** 17 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und auf das Gebiet von **Kominternowo** sechs Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen und außerdem mit Schützenpanzerwaffen geschossen.

In Richtung Donezk wurden auf die Gebiete von **drei Ortschaften** 12 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner das Gebiet von **Sajzewo** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge von Beschüssen mit Granatwerfern wurde das Dach eines Hauses in

Dokutschajewsk in der Rabotschaja-Straße 90 beschädigt.

Im Gebiet von Awdejewka gab es in der 25. Luftlandebrigade gestern einen weiteren Fall, dass ein Fahrzeug auf eine Mine geriet.

Dieses Mal ist ein Fahrzeug vom Typ „Ural“ der Luftlandetruppen auf eine Sperrmine aufgefahren, es kann nicht repariert werden, drei Soldaten, die in dem Fahrzeug waren, sind verletzt.

Dabei gibt es nach der Erklärung des Pressezentrams des Stabs der sogenannten „ATO“ in den letzten 24 Stunden keine Verluste.

Ich möchte anmerken, dass das Fahrzeug als drittes in einer Kolonne von Lastwagen fuhr und es gibt mittelbare Hinweise, dass die Detonation durch Fernzündung ausgelöst wurde.

Angesichts dessen, dass die Kolonne weit von der Kontaktlinie fuhr und auf einem Territorium, das von der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“ kontrolliert wurden, ist es wahrscheinlich, dass genau diese Nationalisten an der Detonation beteiligt waren.

Außer dass sie auf eigene oder „brüderliche“ Minen gerät, sowie durch Selbstbeschüsse, verliert die Armee der Ukraine in der Zone der sogenannten „ATO“ täglich Dutzende von Soldaten in der Folge von gewöhnlichen Infektionskrankheiten. Am weitesten waren im Dezember 2017 Atemwegserkrankungen und – für diese Jahreszeit seltsam – Dysenterie verbreitet.

So wurden im Dezember des letzten Jahres in den Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen in der Zone der sogenannten „ATO“ mehr als 500 Soldaten wegen Dysenterie behandelt.

Eine solche Situation entstand in den ukrainischen Streitkräften „dank“ der hervorragenden Versorgung von Seiten des rückwärtigen Dienstes, der Ärzte und der „väterlichen“ Kommandeure.

Der medizinische Dienst verkauft Medikamente schon, bevor sie in die Zone der sogenannten „ATO“ transportiert werden, der rückwärtige Dienst schreibt Tausende von Kubikmetern Holz, das zum Beheizen von Öfen vorgesehen ist, ab und verkauft es und liefert qualitativ minderwertige und abgelaufene Lebensmittel in die Truppenteile und die Kommandeure verkaufen die mit knapper Not bis zu den Verbänden und Truppenteilen gelangten Reste der materiellen Mittel.

Ein klare Beispiel dafür ist die schon durch ihre Diebstähle bekannte 28. mechanisierte Brigade, wo der Brigadekommandeur O.W. Subowskij und sein Stellvertreter für den rückwärtigen Dienst O.A. Gruscha allen Winterdieseltreibstoff verkauft haben in der Hoffnung, dass die Brigade bis zu den Frösten aus der Zone der sogenannten „ATO“ abgezogen wird. Im Ergebnis haben unerwartete Fröste unter 10 Grad in den letzten Tagen die gesamte Dieseltechnik in der Brigade außer Betrieb gesetzt.

Es ist bemerkenswert, dass der verkaufte Brennstoff als für die militärische Ausbildung verwendet abgeschrieben wurde, die angeblich in der Brigade durchgeführt wurde. Obwohl wir sehr gut wissen, dass die gesamte militärische Ausbildung dieses Verbandes an der Front erfolgt und als Übungsfelder und Zielscheiben werden Häuser und Einwohner von Dokutschajewsk und seiner Umgebung verwendet.

Das Bedauerlichste ist, dass derartiges an der gesamten Frontlinie geschieht.

de.sputniknews.com: Zaren-Schulden: Franzosen provozieren brandgefährlichen Präzedenzfall

Die Forderung aus Frankreich, Russland solle Altschulden aus der Zarenzeit begleichen, hat vor Gericht laut Experten überhaupt keine Chance

Die Frage der Altlasten aus der Zarenzeit sei von Russland und Frankreich längst geklärt worden, sagte Sergej Chestanow, Experte für Bank- und Finanzwesen an der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und öffentlichen Dienst.

„Der ehemalige russische Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin hat seinerzeit mit den

Franzosen vereinbart, dass sie 400 Millionen US-Dollar bekommen und im Gegenzug auf ihre Forderungen aus den Staatsanleihen des Russischen Kaiserreichs verzichten. Das ist vertraglich festgehalten worden. In 2000 hat Moskau dann die letzte Rate dieses Betrags an Frankreich überwiesen“, so der Experte im Gespräch mit dem Portal „rueconomics“. Der Hintergrund dieses Streits ist der, dass die Bolschewiki nach der Machtübernahme 1917 sich geweigert hatten, Verbindlichkeiten des Zarenreichs zu bedienen. Erst der Sowjetpräsident Michail Gorbatschow griff diese Frage wieder auf und erzielte entsprechende Vereinbarungen, zunächst mit den Briten. Dann handelte Premierminister Tschernomyrdin die Abmachung mit Frankreich aus.

Einige Franzosen – Halter der Staatsanleihen aus Zarenzeiten – meinen jedoch, Russland schulde ihnen immer noch über 50 Milliarden Dollar, schreibt das Portal. „Solche Forderungen kommen immer wieder mal auf und sind aus völkerrechtlicher Sicht nichts Ungewöhnliches. Doch in der Praxis wird solchen Forderungen selten entsprochen“, erklärt der Finanzexperte Chestanow. „Und da die Frage mit Frankreich auf zwischenstaatlicher Ebene schon geklärt ist, wird es ohnehin völlig unmöglich sein, sie gerichtlich durchzusetzen.“

Wer jetzt die bestehenden Verträge ändern wollte, würde „einen gefährlichen Präzedenzfall“ riskieren, sagt der Analyst. „Insofern wird Frankreichs Vorstoß keine besonderen Folgen nach sich ziehen.“

Dies bestätigen übrigens die Erfahrungen der Bundesrepublik: „Jedes Jahr wieder werden von Deutschland Reparationszahlungen gefordert. Doch es gelten nun mal bestimmte Abkommen, die einst geschlossen wurden.“ So werde es auch den französischen Eignern russischer Staatsanleihen aus der Zarenzeit ergehen: „Sie können es natürlich, die Altschulden auf gerichtlichem Weg von Russland einzufordern. Was sie damit aber höchstwahrscheinlich erreichen werden, ist, dass sie die Gerichtskosten übernehmen müssen“, so der Analyst.

[Ukrinform.ua: Auseinandersetzungen vor Parlament](#)

[In der Nähe vom Parlamentsgebäude in Kiew ist es am Dienstag zu Auseinandersetzungen zwischen den Aktivisten von „Stop Revanche“ und der Polizei gekommen.](#)

[Die Aktivisten entzündeten Reifen und versuchten, die russischen Staatsflagge zu verbrennen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die Polizei und die Feuerwehr löschten das Feuer. Die Polizei setzte Tränengas gegen Aktivisten ein.](#)

[Nach Angaben von Aktivisten wollten sie gegen „Massenverrat der ukrainischen Politiker, die im Interesse von den von Russland abhängigen Abgeordneten handeln“ protestieren. Sie forderten auch die Annahme des Gesetzentwurfes Nr. 7163 über die Reintegration vom Donbass und des Gesetzentwurfes Nr. 7426 über die Kollaboration. An der Aktion beteiligten sich etwa 200 Menschen.](#)

[de.sputniknews.com: Zusammenstöße vor Parlament in Kiew: Russland-Flagge verbrannt](#)
Vor dem Gebäude der Werchowna Rada (Parlament) in Kiew ist es am Dienstag zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften gekommen. Wie der Sender „112 Ukraina“ mitteilt, sind fast 4.000 Sicherheitsmitarbeiter im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt im Einsatz.

Berichten zufolge fordern die Protestteilnehmer, das Gesetz über die Reintegration des Donbass zu billigen und Russland als „Aggressor“ einzustufen.

Laut Augenzeugen verbrannten die Demonstranten zunächst Reifen. Anschließend warfen sie eine Russland-Flagge ins Feuer. Als die Sicherheitskräfte versuchten, sich in die Lage einzumischen, wurden sie mit Tränengas und Pflastersteinen angegriffen.

Das ukrainische Parlament begann am Dienstag die zweite Lesung des präsidentialen Gesetzentwurfs über die Reintegration des Donbass. Dem Entwurf zufolge sollen die von

Kiew nicht kontrollierten Territorien als „besetzt“ anerkannt werden. Moskau betonte wiederholt, es vertrete keine Seite im innerukrainischen Konflikt und beteilige sich nicht an den Geschehnissen im Donbass. Unter anderem sei Russland daran interessiert, dass Kiew seine politische und Wirtschaftskrise überwindet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31908/26/319082633.jpg>

de.sputniknews.com: Ohne Russland und China: Nordkorea-Beratungen von Blockade-Befürwortern

Im kanadischen Vancouver wurde gestern auf Initiative Kanadas und der USA eine internationale Konferenz zur Sicherheit und Stabilität auf der Halbinsel Korea eröffnet, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Dienstag.

Insgesamt 16 Außenminister, deren Länder am Korea-Krieg in den Jahren 1950 bis 1953 teilgenommen hatten, sind zur Konferenz nach Kanada angereist. Russland und China haben allerdings keine Einladung bekommen.

Wie der Leiter der Abteilung für außenpolitische Planung im US-Außenministerium, Brian Hook, erläuterte, verfolgt die Konferenz zwei Ziele: die Treue der Weltgemeinschaft zur Idee einer „diplomatischen Lösung“ des Nordkorea-Problems zu zeigen und „einen praktischen Mechanismus für die Erhöhung des Drucks auf Nordkorea zu entwickeln“. Nach seinen Worten gibt es „immer mehr Beweise dafür, dass unsere Kampagne für mehr Druck auf Nordkorea Erfolg hat. Und wir glauben daran, dass gerade dies der beste Weg ist, Kim Jong-un zu zwingen, sein Verhalten zu ändern und am Verhandlungstisch Platz zu nehmen.“ Hook zufolge ist man in Washington zwar mit den ersten direkten Verhandlungen seit über zwei Jahren zwischen Vertretern Süd- und Nordkoreas zufrieden. Allerdings habe es keinen Grund gegeben, die im Voraus geplante Konferenz abzusagen. Bei dem erwähnten koreanisch-koreanischen Treffen im demilitarisierten Raum in der 38. Breitenparallele war unter anderem vereinbart worden, dass nordkoreanische Sportler an den bevorstehenden Olympischen Winterspielen in Pyeongchang teilnehmen werden.

Der Leiter des russischen Zentrums für Asien-Strategie, Professor Georgi Toloraja, findet das Treffen in Vancouver angesichts der sich abzeichnenden Annäherung zwischen Pjöngjang und Seoul „merkwürdig und kontraproduktiv“. „Höchstwahrscheinlich betrachten die USA diese Konferenz als einen Schritt zur Bildung einer Koalition der Länder, die den Druck (auf Nordkorea) erhöhen wollen. Nach der Situation um Jerusalem (im Dezember 2017 hatten sich 14 der insgesamt 15 Mitglieder des UN-Sicherheitsrats gegen Washingtons Entscheidung für

die Verlegung der US-Botschaft aus Tel Aviv nach Jerusalem ausgesprochen) haben die USA offenbar die Hoffnung aufgegeben, die Sanktionen gegen Nordkorea via Uno zu verschärfen.“ In Peking und Moskau äußerte man sich vehement gegen die Konferenz in Vancouver.

„Dieses Treffen wird nur Probleme und Trennungslinien provozieren und die solidarischen Bemühungen der Weltgemeinschaft behindern“, sagte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums. Der russische Chefdiplomat Sergej Lawrow sprach sich noch schärfer aus:

„Wir hatten direkt gesagt, dass wir dieses Treffen für schädlich halten. Wir und die Chinesen wurden dazu erst gar nicht eingeladen. Man sagte uns nur: ‚Das Treffen beginnt heute, und am 16. Januar am Abend könnt ihr kommen, und wir erzählen Euch, was wir beschlossen haben.‘ Es ist jedoch klar, dass so etwas unannehmbar ist.“

Ferner sagte Lawrow, Hooks Behauptung, Moskau und Peking hätten die Organisation der Konferenz befürwortet, sei eine Lüge.

Die Konferenz in Vancouver verläuft hinter verschlossenen Türen, aber einiges deutet darauf hin, dass die Teilnehmer zu einer Seeblockade Nordkoreas tendieren. Erstens war das die einzige Maßnahme, von der Brian Hook offen gesprochen hatte. Und zweitens hatten einige der Teilnehmer am 12. Januar eine Erklärung unterzeichnet, in der alle Länder aufgefordert werden, ihre Seestreitkräfte einzusetzen, um Nordkoreas Versorgung mit Atomwaffenkomponenten auf dem Seeweg zu verhindern.

Außerdem hatten die USA noch im September 2017 die Mitglieder des Weltsicherheitsrat nach ihrer Meinung zu einem Resolutionsentwurf gefragt, demzufolge die US-Flieger- und — Marinekräfte das Recht bekommen würden, wider das UN-Seerechtsübereinkommens von 1982 alle nordkoreanischen Schiffe abzufangen, die nach Auffassung Washingtons verbotene Güter befördern könnten. Die Resolution wurde damals abgelehnt. Doch diesmal versuchen die Amerikaner offenbar, die Zustimmung wenigstens ihrer Verbündeten einzuholen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der Republik hat sich nicht wesentlich verändert und hat eine **Tendenz zur Stabilisierung, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt.**

Mit Schützenpanzerwaffen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von Logwinowo beschossen.

Insgesamt wurden 23 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Es wurde festgestellt, dass ein Mörserzug der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte auf eine provisorische Feuerposition in das Gebiet südöstlich von Stschastje und eine Mörsermannschaft eines 82mm-Mörser „Wasilek“ aus der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in das Gebiet von Swetlodarsk verlegt wurde.

Es ist eine Verstärkung der Frontpositionen eines Zugstützpunkts des 15. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krymskoje mit Personal und Militärtechnik festzustellen.

Es wird Material auf die Positionen der 2. bataillonstaktischen Gruppe der 80.

Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Pestschanoje sowie auf die Positionen des 13. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Orechowo bemerkt.

Es wurde die Durchführung von Arbeiten zur zusätzlichen technischen Ausrüstung von Positionen des 8. Bataillons der 10. Gebirgstrumbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowoswanowka bemerkt.

Ich möchte unsere Bürger beruhigen und versichern, dass die Volksmiliz der LVR niemals Mobilfunkverbindungen für ihre Zwecke verwendet hat. Wir verwenden dienstliche Kommunikationsmittel, die die unterbrechungsfreie Verbindung zwischen alle Verbänden und

Truppenteilen vollständig gewährleisten.

Es ist wichtig anzumerken, dass in den Einheiten in der „ATO“-Zone die Durchführung von Militärübungen geplant ist, die in dieser Woche in den Einheiten der 54. mechanisierten Brigade begonnen haben.

Diese Maßnahmen zeugen von den Absichten der verbrecherischen ukrainischen Führung, eine weitere Eskalation des Konflikts zu betreiben und im Zusammenhang damit schließen wir provokative Ausfälle von Seiten des Gegners nicht aus.

Die Einheiten der Volksmiliz reagieren nicht auf Provokation von Seiten der ukrainischen Streitkräfte und halten das „Regime der Ruhe“ ein.

Wir sind wie zuvor auf die Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg ausgerichtet, aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht auf erwidern Gegenmaßnahmen vor.

Am 13. Januar fand im Gebiet von Solotoje ein Treffen von Offizieren der ukrainischen Streitkräfte mit Kämpfern des „Rechten Sektors“ statt. Während des Treffens wurden den Nationalisten 20 abgeschriebene Schusswaffen und zugehörige Munition verkauft.

Nach den Worten der Quelle wussten die Militärkommandantur und die Rechtsschützer über dieses „Geschäft“ Bescheid, haben aber nichts unternommen.

de.sputniknews.com: Berliner Domizil von Kultregisseur Serebrennikow rückt ins Visier russischer Justiz

Starregisseur Kirill Serebrennikow, der in Russland wegen Veruntreuung angeklagt ist, hat in einer Gerichtsverhandlung am Dienstag Aussagen zur Herkunft seiner Wohnung in Berlin gemacht.

Er habe seine Berliner Wohnung im Jahr 2012, noch vor Beginn des Projekts „Platforma“, erworben und dafür jahrelang sparen müssen, sagte der 48-Jährige vor den Richtern, die am Dienstag über eine Verlängerung seines Gewahrsams entscheiden werden.

Bei „Platforma“ handelt es sich um ein staatlich gefördertes Kunstprojekt.

Serebrennikow wird beschuldigt, gemeinsam mit seinen Mitarbeitern rund 133 Millionen Rubel (knapp zwei Millionen Euro) aus dem Projekt veruntreut zu haben. Der Regisseur wurde im August festgenommen. Er beteuert seine Unschuld.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31908/42/319084260.jpg>

ukrinform.ua: Krim: Gericht verurteilt Wolodymyr Baluch zu 3 Jahren und 7 Monaten Lager

wegen ukrainischer Staatsflagge

Ein Gericht in der Ortschaft Rosdolne auf der annektierten Krim hat am 16. Januar den ukrainischen Aktivist Wolodymyr Baluch zu drei Jahren und sieben Monaten Arbeitslager verurteilt. Baluch soll auch eine Geldstrafe in Höhe von 10 minimalen Steuerfreibeträgen zahlen, berichtet Krim.Realien.

Die Staatsanwaltschaft forderte für Baluch 5 Jahren und 1 Monat Arbeitslager und eine Geldstrafe von 20 minimalen Steuerfreibeträgen (etwa 9.200 Hrywnja).

In seinem Schlusswort am 15. Januar erklärte Baluch, dass der Prozess gegen ihn gefälscht wurde, wegen „seiner politischen Position.“ Das alles könne ihn nicht zwingen, „die neue Heimat“ zu lieben.

Baluch wurde am 8. Dezember 2016 vom russischen Geheimdienst FSB festgenommen. Nach Angaben des Geheimdienstes wurden auf dem Dachboden seines Hauses 90 Stück Munition und mehrere Sprengkörper entdeckt. Im August 2017 wurde der Aktivist zu drei Jahren und sieben Monaten Straflager verurteilt. Das Berufungsgericht hob aber dieses Urteil auf. Laut Menschenrechtlern und der Verteidigung des Aktivisten wurde er für seine proukrainische Position, für die ukrainische Staatsflagge in seinem Hof, bestraft.

de.sputniknews.com: Moskaus Kooperationsvorschlag stößt in Kiew auf taube Ohren – Kreml
Moskau hat sich bereit gezeigt, Dutzende auf der Krim stationierte ukrainische Kriegsschiffe und Kampffjets an die Ukraine zurückzugeben. Laut Kremlsprecher Dmitri Peskow ist außer einigen demagogischen Reaktionen allerdings immer noch keine ernstzunehmende Antwort aus Kiew gekommen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte vor wenigen Tagen Kiew einen Kooperationsvorschlag gemacht: Russland könnte „Dutzende Schiffe und Jets“ an die Ukraine zurückgeben und ukrainische Militärs einladen, um in ihrer Anwesenheit die nicht transportierbaren Munitionsreste auf der Halbinsel Krim zu vernichten.

Laut Kremlsprecher Peskow hat es aus Kiew allerdings immer noch keine gehaltvolle Reaktion auf dieses Angebot gegeben.

„Wir haben eine Reihe von öffentlichen Stellungnahmen aus Kiew gehört, aber eine in irgendeiner Weise substanzielle Reaktion ist mir nicht bekannt“, so der Sprecher.

Zuvor hatte es lediglich eine Reihe von eher provokativen Stellungnahmen der ukrainischen Seite gegeben. Beispielsweise schlug Ministerpräsident Wladimir Groisman vor, Russland könnte „zusammen mit der Flotte auch die Krim zurückgeben“.

General-Leutnant Igor Romanenko, ehemaliger Vize-Chef der ukrainischen Streitkräfte, hatte sich seinerseits extrem misstrauisch gegenüber Moskaus Vorschlag gezeigt und erklärt, all die zurückgegebene Technik müsste genauestens auf „versteckte Explosivgeräte“ untersucht werden.

de.sputniknews.com: Warschau feuert seine Diplomaten – offenbar wegen Ausbildung in Russland

Erst vier Tage im Amt und schon hat der neue polnische Außenminister Jacek Czaputowicz drastische Pläne: Er will personelle Umstellungen in seinem Ministerium durchführen und alle Diplomaten feuern, die Studien an russischen Hochschulen absolviert haben. Darüber berichtet der polnische Nachrichtensender RMF.24 unter Berufung auf eigene Quellen.

Der Chefdiplomat will demnach neue Mitarbeiter anstellen, selbst wenn sie weniger qualifiziert sind als ihre entlassenen Vorgänger. Die meisten der von der harten Maßnahme betroffenen Diplomaten sind laut RMF.24 Absolventen der Moskauer Staatlichen Hochschule für Internationale Beziehungen (MGIMO), die zu den renommiertesten Universitäten Russlands zählt.

Die Personalfrage soll auch einer der wichtigsten Gründe für den Rücktritt des

Außenministers Witold Waszczykowski gewesen sein. Er sei gegen die Entlassungen im Außenministerium und gegen die Anstellung neuer Mitarbeiter ohne diplomatische Erfahrungen aufgetreten.

Der polnische Präsident Andrzej Duda hatte Czaputowicz am 12. Januar zum neuen Außenminister des Landes ernannt.

Dan-news.info: „Heute haben wir das erste Päckchen mit Postkarten im Rahmen der Aktion „Austausch von Neujahrs- und Weihnachtswünschen zwischen den Kindern des Donbass und Europas“ erhalten. Schüler aus mehreren finnischen Städten haben 70 Neujahrs- und Weihnachtsgrüße für ihre Altersgenossen im Donbass geschickt“, teilte das Außenministerium der DVR mit.

Die Karten werden in der nächsten Zeit an Schüler der DVR übergeben. Die Aktion erfolgt auf Initiative von Vertretung der DVR in europäischen Ländern mit Unterstützung des Außenministeriums der DVR.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/01/dan-news.info-2018-01-16_11-39-50_111231-----5-1024x683.jpg

de.sputniknews.com: Trotz Turbinen-Skandal: Produktion von Siemens-Zügen in Russland boomt weiter

Trotz des Skandals um Siemens-Turbinen im Sommer 2017 hat das Gemeinschaftsunternehmen Ural Locomotives von Siemens und der russischen Sinara-Gruppe im Jahr 2017 insgesamt 35 Elektrozüge „Lastotschka“ (dt.: „Schwalbe“) sowie 95 Güterzug-Elektrolokomotiven herstellen können. Das geht aus einer Mitteilung des Werkes am Dienstag hervor

Wie es heißt, sind 30 „Lastotschka“-Züge für den sogenannten Moskauer Zentralring (russ. Abk. MZK) bestimmt, weitere vier für die Nordwestliche Vorort-Passagiergesellschaft.

Zudem soll der erste regionale Elektrozug „Lastotschka-Premium“ für eine Strecke von bis zu 200 Kilometern schon Ende Dezember an die Russischen Eisenbahnen AG (RZD) übergeben worden sein.

Im Jahr 2016 waren 30 Elektrozüge „Lastotschka“ gebaut worden. Das Joint-Venture Ural Locomotives war im Jahr 2010 in der Stadt Werchnjaja Pyschma, sieben Kilometer von Jekaterinburg (am Ural) entfernt, gegründet worden. Im Juli 2017 hatte der Siemens-Konzern offiziell erklärt, dass alle vier Gasturbinen, die für ein Projekt auf der russischen Taman-Halbinsel bestimmt gewesen sein sollen, „rechtswidrig“ auf die Krim gebracht worden seien. Anfang Januar 2018 hatte das Schiedsgericht in Moskau der Klage der russischen Siemens-Tochtergesellschaft „Siemens Gasturbinen-Technologie“ gegen zwei Tochterunternehmen des russischen Konzerns Rostec zur Rückgabe der besagten Turbinen nicht stattgegeben.

Ukrinform.ua: Masern auf dem Vormarsch: 1285 Fälle seit Anfang 2018
Seit Anfang 2017 sind in der Ukraine 1285 Menschen an Masern erkrankt. Unter ihnen 865 Kinder, sagte der Leiter des „Zentrums für öffentliche Gesundheit des Gesundheitsministeriums der Ukraine“ Wolodymyr Kurpita vor der Presse, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. 852 Personen würden medizinisch behandelt. Es gebe ein Todesfall in der Region Odessa.
Die meisten Masernfälle gibt es laut Kurpita im Oblast Iwano-Frankiwsk – 275, im Oblast Odessa – 157, in Transkarpatien – 194 und in der Region Tscherniwzi - 274. In den Regionen Sumy, Charkiw, Tschernihiw und im Oblast Kiew seien keine Masernfälle registriert worden

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik hat den Gesundheitsminister Pawel Ljaskewitsch angewiesen, den Einwohnern des von Kiew kontrollierten Territoriums des Lugansker Landes, wo eine Masernepidemie aufgekommen ist, die Möglichkeit zu geben, die notwendigen Impfungen und Behandlungen in der Republik zu erhalten. Dies erklärte er auf einem Arbeitstreffen mit dem Minister.
„Ich verfüge über Informationen, dass auf dem Territorium der Ukraine, darunter auch in den „Oblasten“ Lugansk und Donezk, die jetzt von der ukrainischen Regierung kontrolliert werden, eine Masernepidemie ausgebrochen ist“, sagte Pasetschnik.
„Im Zusammenhang damit gebe ich folgende Anweisung aus: Wir müssen unseren Landsleuten, die auf jenem Territorium leben, helfen. Sie müssen eine Möglichkeit finden, solche Unterstützung zu geben, Impfstoffe zur Verfügung stellen und Medikamente, freie Plätze in Krankenhäusern und mir dann darüber berichten“, sagte er.
„Wenn wir eine solche Möglichkeit haben, ist es richtig, unseren Landsleuten zu helfen, weil ich weiß, dass die Situation dort nicht gut ist“, erklärte Pasetschnik.
Es gibt Gründe anzunehmen, dass auf dem von Kiew kontrollierten Territorium des Lugansker Lands die nötigen Impfstoffe und Medikamente fehlen....

de.sputniknews.com: **Ukrainisches Parlament stuft Donbass nicht als „terroristisch“ ein**
Die Werchowyna Rada (Parlament) der Ukraine hat am Dienstag gegen die Einstufung der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk als „Terrororganisationen“ gestimmt. Demnach hatten lediglich 76 der insgesamt 340 Abgeordneten die entsprechenden Novellen zum Gesetz zur Reintegration des Donbass unterstützt.
Am Dienstag hatte die Rada den besagten Gesetzentwurf in zweiter Lesung erörtert. Indes war es vor dem Parlamentsgebäude zu Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und Demonstranten gekommen, die die Verabschiedung des Gesetzes forderten. Nach Polizeiangaben soll ein Polizist dabei verletzt worden sein.
(die weiteren Beratungen zum Gesetzentwurf mit seinen 673 Änderungsanträgen wurden heute laut ukrainischer Medien nach der Abstimmung über 482 dieser Anträge auf morgen vertagt – Anm. d. Übers.)

dnr-news.com: Russischer Präsidentschaftskandidat ruft dazu auf, dem Donbass die Möglichkeit zu geben, sich mit Russland zu vereinigen

Der Präsidentschaftskandidat der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation KPRF Pawel Grudinin erklärte, dass er für die Anerkennung der Unabhängigkeit der DVR und LVR eintritt, aber ebenfalls für das Einräumen der Möglichkeit der Wiedervereinigung des Donbass mit Russland, wenn die Einwohner der Region dies möchten. Dies sagte er in einem Interview mit der Zeitung „Sowetskaja Rossija“.

„Natürlich spielen die Minsker Vereinbarungen eine wichtige Rolle bei der Beendigung des Genozids an der Bevölkerung dieser Republiken. Aber die Kampfhandlungen dort gehen weiter, wenn auch nicht mit so vielen Opfern unter der Zivilbevölkerung. Die Bandenverbrecher beschießen täglich Städte und Dörfer der DVR und LVR, infolgedessen leiden und sterben die einfachen Menschen. Die Minsker Vereinbarungen haben sich in einen Schutzschirm für die Vorbereitung einer gewaltsamen Lösung der „Probleme Novorossias“ entwickelt.

Ich bin davon überzeugt, dass Russland angesichts der offenen Sabotage dieser Vereinbarungen durch Kiew den nächsten logischen Schritt tun muss: den Willen der Menschen anerkennen, der sich in den Referenden im Jahr 2014 ausdrückte, und die Unabhängigkeit dieser Republiken anerkennen.

Noch weiter kann man die Bevölkerung der DVR und LVR nicht in diesem Schwebezustand lassen. Erinnern wir uns, dass der Donbass zunächst eine rein russische Region war. Er wurde zusammen mit den Oblasten Charkow, Dnepropetrowsk und Odessa in den Bestand der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik übergeben, durch ein Dekret des Sowjetischen Volkskomitees zur Stärkung des industriellen Bereichs der bis dahin ländlichen Ukraine. Wenn daher die Donbassbevölkerung (mehrheitlich Russen) den Willen zeigen zur Rückkehr nach Russland, so müssen wir diese Möglichkeit ernsthaft in Betracht ziehen. Wenn wir die Krim in den Bestand Russlands aufgenommen haben, so müssten wir auch dem Willen der Bevölkerung des Donbass zur Rückkehr nach Russland nachkommen“, sagte Grudinin bei der Beantwortung der Frage nach der Zukunft von LVR und DVR.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-01/thumbs/1516111269_755140270474504.jpg

Abends:

Dan-news.info: Die medizinischen Einrichtungen der DVR sind in vollem Umfang mit Impfstoffen gegen Masern versorgt, die Situation mit den Erkrankungen befindet sich in der Republik unter Kontrolle der Behörden. Dies teilte der Pressedienst des Gesundheitsministeriums der DVR mit.

„Die Situation mit den Masern in der DVR ist unter fester Kontrolle des Gesundheitsministeriums. Wir rufen alle Bürger auf vorsichtig zu sein, sich impfen zu lassen, wenn sie es bisher nicht sind. Wir wollen anmerken, dass es Impfstoff gegen Masern in vollem Umfang in allen medizinischen Einrichtungen der Republik gibt“, heißt es in der Mitteilung.

Nach Angaben des Ministeriums sind bisher in Donezk sechs Fälle von Masern festgestellt worden. Alle Erkrankten sind Einwohner des Kalininskij-Bezirks der Hauptstadt. Infektionsquelle sind drei Einwohner, die aus Vietnam zurückgekehrt sind. Außerdem wurden drei medizinische Beschäftigte infiziert, an die sich die Patienten gewendet haben. Die Mitarbeiter des Ministeriums haben alle Maßnahmen ergriffen, sowohl zur Begrenzung der Infektion als auch eine Verstärkung der Kontrolle über die Immunprophylaxe. Wir merken an, dass in der Ukraine derzeit eine Masernepidemie im Gang ist. Nach Informationen des dortigen Zentrums für allgemeine Gesundheit des Gesundheitsministeriums der Ukraine sind seit Beginn des Jahres mehr als 1000 Ukrainer an Masern erkrankt, darunter mehr als 800 Kinder. Im Jahre 2017 wurden 4782 Fälle festgestellt, was 46 Mal mehr ist als 2016. In der DVR wurden nun zum ersten Mal Masernerkrankungen festgestellt.

ukrinform.ua: Nationalbank gibt Milliardenbetrug bei PrivatBank bekannt

Der durch betrügerische Handlungen in der PrivatBank entstandene Schaden beläuft sich auf mindestens 5,5 Milliarden Dollar. Das bestätigte die US-amerikanische Investigationsfirma Kroll, teilte die Nationale Bank der Ukraine am Dienstag mit.

Der Betrug dauerte laut der Nationalbank bis zur Verstaatlichung der PrivatBank im Dezember 2016. Eine geheime Struktur innerhalb der PrivatBank, zuständig für das Kreditportfolio von affilierten Personen, sei ein zentrales Element des Betrugs gewesen. An dieser Struktur hätten sich Hunderte Mitarbeiter beteiligt. Bis zur Verstaatlichung seien etwa 95 Prozent des korporativen Kreditportfolios an die Strukturen, die mit den ehemaligen Hauptaktionären verbunden waren, vergeben worden.

Die Nationalbank ist bereit, die Sicherheitsbehörde der Ukraine über die Ergebnisse der Untersuchung zu informieren.

Ein Londoner Gericht hatte am 19. Dezember Vermögen der früheren Eigentümer der PrivatBank, Ihor Kolomoiskyi und Gennadi Bogoljubow, weltweit eingefroren.

Dan-news.info: Die im Internet verbreiteten Gerüchte über die Vorbereitung zu einer Mobilisierung in der DVR entsprechen nicht der Wahrheit, die Militärkommissariate führen planmäßige Maßnahmen zur Überprüfung von Bürgern, die sich in der Reserve befinden, durch. Dies teilte heute der Militärkommissar der Republik Alexandr Malkowskij mit.

„Ladungen werden als Kontrollmitteilungen verschickt. Dies ist eine geplante Prozedur, eine Mobilisierung gibt es in der Republik nicht. Es werden Dokumente für die militärische Erfassung korrigiert, die Gesundheit der Bürger erfasst“, Malkowskij.

Er erläuterte, dass diese Prozeduren in der DVR jährlich stattfinden. Dabei haben auch vor den Kämpfen im Donbass die Militärkommissariate regelmäßig die Bürger in der Reserve überprüft.

Zuvor hatten eine Reihe von ukrainischen Massenmedien Informationen über angebliche Mobilisierungsmaßnahmen in der DVR verbreitet. Als Beweise legten die Journalisten Fotos von Ladungen an Einwohner der DVR von den territorialen Abteilungen des Militärkommissariats vor.